

435/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Heidrun Silhavy und Genossinnen und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend "Werbeaktion der Firma Kleider - Bauer" gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Das Zivil - und Handelsrecht bietet keine gesetzlichen Grundlagen, gegen solche Aktionen einzuschreiten. Allenfalls können solche Werbestrategien und -aktionen den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb 1984 widersprechen, insbesondere dem § 1 dieses Gesetzes. Zur näheren Prüfung dieser Frage und zur Prüfung der gewerberechtlichen Zulässigkeit solcher Strategien verweise ich auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit.

Zu 2:

Die Zulässigkeit und die Grenzen von Werbeaktionen und -strategien werden nicht zuletzt an den Maßstäben zu messen sein, die Art. 10 MRK zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit aufstellt.

Zu 3:

Die Befürchtung, dass sich gerade einkommensschwache Teile der Bevölkerung veranlasst sehen, an solchen Aktionen teilzunehmen, halte ich für berechtigt.

Zu 4:

Soweit mir aus Medienberichten bekannt ist, sind wegen der Aktion Verwaltungs - strafverfahren eingeleitet worden. Es steht mir allerdings nicht zu, die Berechtigung solcher Maßnahmen und den weiteren Verlauf dieser (allfälligen) Verfahren zu beur - teilen.